

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 806 846 pbbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Gerhard Schröder MdL zu Oskar Lafontaines großartigem Erfolg im Saarland: Niedersachsen wird die nächste Etappe.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zu den Waigel-Ausfällen gegen Oskar Lafontaine: Die CSU begreift nichts mehr.

Seite 2

Horst Sielaff MdB zum anhaltenden Aussiedlerstrom aus Osteuropa: Auch die DDR kann zur neuen Heimat werden.

Seite 3

Freimut Duve MdB zum Tod von Dieter Gütt: Ein Journalist, der dem politischen Fernsehen Kontur gegeben hat.

Seite 4

Dokumentation
Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hielt bei der Wiedergründung des SPD-Landesverbandes Thüringen am Samstag in Gotha eine programmatische deutschlandpolitische Rede, aus der wir einige Passagen dokumentieren.

Seite 5

45. Jahrgang / 20

29. Januar 1990

Niedersachsen wird die nächste Etappe

Zu Oskar Lafontaines großartigem Erfolg im Saarland

Von Gerhard Schröder MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Niedersachsen
Mitglied des SPD-Präsidiums

Das Ergebnis der Landtagswahl im Saarland ist ein großartiger Erfolg für die gesamte SPD. Es ist zugleich eine Bestätigung für die Politik und Person Oskar Lafontaines.

Mit dem Wahlergebnis hat sich gezeigt, daß es richtig war und ist, auch die sozialen Fragen in der Bundesrepublik zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zu machen.

So wichtig für die Menschen in Ost und West die nationale Frage auch ist, die soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik und in der DDR darf dahinter nicht verschwinden. Und die Menschen haben gespürt, daß die SPD sich für die Bekämpfung der sozialen Probleme einsetzt, im Saarland, in Niedersachsen wie anderswo.

Die Union und die Bundesregierung haben mit der Wahl im Saarland eine weitere empfindliche Niederlage erlitten. Die Kohlsche Rechnung, mit einer Deutschlandpolitik nach dem Prinzip „Friede, Freude, Eierkuchen“ die unsoziale Politik der Union bei uns, angefangen von der sogenannten Steuerreform bis zur Wohnungsnot, vergessen zu machen, ist nicht aufgegangen.

Und auch der Versuch der Union, sich im Bund und in den Bundesländern mit zweifelhaften Umfragen in einen Aufwärtstrend reden zu lassen, ist in den Bereich des Lächerlichen verwiesen worden.

Das gilt besonders für Niedersachsen, wo Ernst Albrecht derartige Manöver gerade an diesem Wochenende wieder versucht hat.

In Niedersachsen werden wir am 13. Mai - unterstützt vom Ministerpräsidenten des Saarlandes und Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine - die nächste Etappe auf dem Weg zur Bundestagswahl erfolgreich abschließen und damit die SPD-Mehrheit im Bundesrat gewinnen.
(-/29.1.1990/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislaufverteilung
nach demselben Verfahren
Recycling-Papier



Die CSU begreift nichts mehr

Zu den Waigel-Ausfällen gegen Oskar Lafontaine

Von Ludwig Stiegler MdB
Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Der CSU hat es die Sprache verschlagen. Während ihre absolute Mehrheit ausrinnt, legt die Saar SPD zu. Theo Waigel, auf der Flucht vor den herbeigeredeten „Republikanern“, meint gar in der Bonner TV-Runde, Oskar Lafontaine habe die Argumentation der „Republikaner“ übernommen.

Vor lauter Angst um die Macht ist der CSU und ihrer Führung offenbar die Wahrnehmungs- und Differenzierungsfähigkeit abhanden gekommen.

Die CSU hantiert mit nationalistischen Sprüchen, mit Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß, um von den Problemen abzulenken, die sie mit ihrer Politik der Wohnungsverknappung, des Sozialbaus und der sozialen Ausgrenzung geschaffen hat. Die CSU hat die „Reps“ in Bayern hoffähig gemacht. Sie kommen aus ihrem Schoß. Streibl hat gar erklärt, sie hätten von der CSU abgeschrieben.

Die SPD, Oskar Lafontaine hat als erster dazu die Weichen gestellt, packt die sozialen Probleme an. Deren Lösung entspannt das Bedürfnis, durch nationalistische und fremdenfeindliche Räusche und Parolen über die Probleme und Nöte hinwegzukommen: Wohnungsbau, soziale Gerechtigkeit und die Wahrheit, daß die alte Vertriebenenpolitik ohne Vertreibung und Vertreibungsdruck nicht mehr fortgesetzt werden dürfen, sind politische Angebote, die die Saarländer gewählt haben und Alternativen, die sie auch bei der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl wählen werden.

Daß Waigel nicht begreift oder nicht begreifen will, zeigt die Fortsetzung seiner Hetze gegen Asylbewerber. Hier wird der Unterschied besonders deutlich:

Oskar Lafontaine beharrt mit der SPD darauf, daß wir gerade jetzt nicht die Solidarität mit den wirklich Verfolgten verletzen dürfen.

Die CSU betreibt in ihrer Asylbewerberfeindlichkeit dieselbe unbarmherzige, unchristliche Bierdimpfpolitik wie die Republikaner.

Das hat Konsequenzen: Die CSU schafft mit ihren Parolen dumpfen, aggressiven, bierdimpfeligen Appetit auf nationalistische Räusche; aber die Trinker kehren bei den braunen Brüdern und Schwestern der CSU ein.

Die SPD schafft mit ihrer Politik Problemlösungen. Die Menschen brauchen dann keine nationalistischen Räusche, um sich wohlfühlen.

Die CSU legt den Nährboden für ihre rechten Ableger; die SPD trocknet die Sümpfe aus, auf denen sie gedeihen können.

(-/29.1.1990/rs/ks)

* * *

Auch die DDR kann zur neuen Heimat werden

Zum anhaltenden Aussiedlerstrom aus Osteuropa

Von Horst Sielaff MdB

Bundevorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Seit Jahren werden Deutsche und Deutschstämmige nicht mehr in Ost- und Südosteuropa unterdrückt oder vertrieben. Der unterstellte „Vertreibungsdruck“ besteht nicht mehr. Im Gegenteil: Immer stärker wurde das Werben der verantwortlichen Politiker in Osteuropa, die Menschen mögen doch bleiben.

Inzwischen bekunden auch alle Fraktionen im Deutschen Bundestag, daß das „Bleiben stärken“ vorrangiges Ziel bundesdeutscher Politik für Deutsche in Ost- und Südosteuropa sei.

Der Abbau diktatorischer Strukturen und der Beginn der Demokratisierung in Ost- und Südosteuropa haben zusätzlich die Grundlage für das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) aus den ersten Jahren des 5. Jahrzehnts verändert. Die damalige Unterstellung, daß die kommunistischen Regierungen Ost- und Südosteuropas Menschen wegen ihrer deutschen Abstammung unterdrücken und die Pflege deutscher Sprache und Kultur verboten sei, ist längst überholt.

Trotz dieser Veränderungen kommen weiterhin - größtenteils in noch größerer Anzahl - Menschen deutscher Abstammung - insbesondere aus Polen, der UdSSR und aus Rumänien als Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland, obwohl die Herkunftsländer ihrer Vorfahren häufig kaum feststellbar sind und neben der Bundesrepublik ebenso die DDR und Österreich als Herkunftsland gelten können.

Die Abschaffung des BVFG und des Notaufnahmeverfahrens ist eine überfällige Bereinigung der Nachkriegszeit. Die DDR wird nach den Wahlen eine Demokratie sein, mit einem frei gewählten Parlament. Es gibt keinen Grund mehr Übersiedler für das Verlassen ihrer Heimat durch besondere Hilfen zu belohnen.

Die DDR braucht dringend Fachkräfte und arbeitswillige und -fähige Menschen für den Ausbau der Wirtschaft und der demokratischen Gesellschaft. Aussiedler, die ihr Land verlassen, weil dort die Deutschen immer weniger werden oder sie fürchten, daß ihre Kinder und Enkel nicht mehr als Deutsche aufwachsen könnten, müssen deshalb nicht mehr nur die BRD als neue Heimat wählen. Menschen aus Polen oder der UdSSR werden zudem in der DDR viele Menschen finden, die selbst russisch oder polnisch sprechen.

Sollten die Prognosen mancher Fachleute und Verbände eintreten, daß mit circa zwei Millionen weiterer Aussiedler zu rechnen ist, dann muß neben der Aufgabe des BVFG und der westlich stärkeren Förderung deutscher Kultur und Sprache in den heutigen Heimatländern eventueller Aussiedler auch der Rat stehen, auch die DDR als deutsche Heimat endlich anzuerkennen.

(-/29.1.1990/rs/ks)

* * *

Ein Journalist, der dem politischen Fernsehen Kontur gegeben hat

Zum Tod von Dieter Gütt

Von Freimut Duve MdB

Wer in ARD oder ZDF Weltlauf oder Tagesschau kommentieren darf, der gehört zur kleinen Oligarchie der öffentlich-rechtlich Geadelten. Es ist nicht immer die Journalistische Leistung, die Messerschärfe ihres Wortwitzes oder gar die Unbestechlichkeit ihrer Meinung, die sie in dieses allabendliche kritische Wortfenster gebracht haben. Heute ist es meistens das Amt im großen Haus.

Und doch, wenn wir immer noch mit einem Rest von Erwartung, die Ankündigung, nun komme der Kommentator, hören, wenn wir immer noch hinterher empört sind über das Allerweltsgeplapper und die enttäuschende Voraussehbarkeit des abgelesenen Kommentars: Dann hat daran Dieter Gütt seinen Anteil. Dieter Gütt ist von uns gegangen. Und wir alle die versucht haben, dem politischen unabhängigen und kritischen Wort in der Bundesrepublik Geltung zu verschaffen, haben ein Vorbild verloren.

Dieter Gütt hat dem Deutschen Fernsehen Profil gegeben, dem Kommentar Charakter. Wer sich fragt, warum - trotz der Übermacht entpolitisierter Zeitungen und Sendungen - die Deutschen bis heute mehrheitlich eher sozial als zynisch, eher liberal als chauvinistisch, eher international als national, eher human als inhuman geprägt sind, der wird auf Leute wie Dieter Gütt verweisen müssen. Große Fernsehjournalisten seines Kalibers haben öffentliches Bewußtsein bei uns mitgeprägt. Sie sind von den Mächtigen und Gewaltigen im Hintergrund der Anstalten, die ihnen soviel zu danken gehabt hätten, nicht immer fair behandelt worden.

Bis vor wenigen Tagen hat Gütt für den STERN und andere Zeitungen als Kolumnist gearbeitet. Sein Beitrag zum Tod von Herbert Wehner war sein letzter: „Er trat nach eigenem Bekenntnis ab, als keiner mehr zuhörte.“ Dieter Gütt haben wir bis zuletzt zugehört, seine Kommentare gelesen. Sein letzter Satz im Wehner-Nachruf: „So starb er unbetrübt.“ Nein, Dieter Gütt, wir trauern.

(-/29.1.1990/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Willy Brandt in Gotha: Frieden nach außen und nach innen

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hielt bei der Wiedergründung des Landesverbandes Thüringen am Samstag in Gotha eine programmatische deutschlandpolitische Rede, aus der wir einige Passagen aus unserer Bandniederschrift dokumentieren. Willy Brandt, der in der Gedankstätte des Vereinigungsparteitages von 1875 - dem Ort der Wiedergründung - sprach, wurde mit lebhaftem Beifall bedacht, als er für einen Frieden nach außen und innen plädierte.

Wir gehen nicht raus aus der NATO, so wie jetzt die Dinge liegen in der Welt, sondern erst dann, wenn ein neues europäisches Friedenssystem entwickelt ist. Nun kenne ich die Bedenken mancher, dieses Deutschland - wie immer das staatliche Dach aussieht - könnte doch zu stark werden. Ich laß mal die beiseite, die meinen, wir bekommen dann noch mehr Medaillen bei den Olympischen Spielen. Ich muß das vernachlässigen. Ich laß mal die beiseite, die sagen, bei den Fußball-Weltmeisterschaften stürmt ihr vielleicht noch ein bißchen stärker. Sondern ich meine einen französischen Minister, dessen Intelligenz ich hoch einschätze, der sagt, Deutschland dürfe ökonomisch nicht zu stark werden. Da halt ich es als Replik mit jenem renommierten Harvard-Professor, der sagt, ein ökonomisch starkes Deutschland sei ihm lieber als ein ökonomisch schwaches. Und jemand aus meiner Generation weiß, das deutsche Unglück ist nicht gekommen, weil es uns wirtschaftlich gut ging, sondern weil es uns wirtschaftlich miserabel ging. Die deutsche Demokratie ist dann besser dran, wenn wir uns auf eine gute Wirtschaft stützen können.

Da gibt es dann noch die, die meinen, darf man einen so relativ großen Staat - gemessen an anderen - wie die DDR schlucken? Darf man sich hier über die Grenzziehung hinwegsetzen? Manche führen sogar Helsinki ins Feld; ich sage euch, Helsinki 1975 enthält den Grundsatz, daß Staaten ihre Grenzen einvernehmlich verändern können. Daran hatten wir gedacht damals, auf Deutschland bezogen. Einmal ganz abgesehen davon, daß jener Recht hat, der sagte, eine Wiederholung der deutschen Geschichte verhindert man jedenfalls nicht dadurch, daß man einen Staat künstlich am Leben behält, der keine innere Notwendigkeit hat. So wie er zustande kam und sich entwickelt hat, sondern man will neue Formen, daß man über Konföderation, wie immer ihr es nennen wollt, nachdenkt.

Ich habe schon gesagt, was meiner Meinung nach in den nächsten Monaten geschehen müßte, ich kann das jetzt nicht ausmalen. Außer zu sagen, mir fiel dieser Tage das neue Buch in die Hand des kolumbianischen Schriftstellers Garcia Marquez, Nobelpreisträger. Und da läßt er seinen Helden Simon Bolivar, also den Befreier Lateinamerikas von den Spaniern Anfang des vorigen Jahrhunderts sagen, die Einheit hat keinen Preis. Da hab ich gedacht, na, das kann ja wohl nur heißen, wir lassen uns die nicht abkaufen. Aber sonst wird das was kosten, ne Menge wird es kosten. Aber wo ich eine Gelegenheit habe, sage ich meinen deutschen Landsleuten im Westen, wir müssen es uns was kosten lassen. Erstens, weil es der gemeinsamen Zukunft dienen wird, und denen, die nach uns kommen. Und zweitens, weil es nicht mehr als recht und billig ist, daß wir einen Teil der Last ausgleichen, die dieser Teil Deutschlands für uns mitgetragen hat. Und deshalb müssen wir füreinander eintreten.

Ich warne dringend vor falschen Alternativen. Als ob das Nationale oder das Soziale getrennt anzugehen und zu lösen wäre. Oder das Nationale und das Europäische, das Europäische und das Globale. Nein, ich will nur noch hinzufügen, es ist dringend geboten, daß der Umbruch gewaltfrei zu Ende geführt wird. Und es ist dringend geboten, alles zu vermeiden, was Reibereien mit den sowjetischen Truppen auf dem Boden der DDR zur Folge hätte. Die werden ja im übrigen nicht immer da bleiben. Nicht solange, wie wir vielleicht noch vor kurzem angenommen haben. Ihre Zahl wird erst runter gehen, und dann werden sie eines Tages - ähnlich wie aus Ungarn und der Tschechoslowakei - zurückfahren. Und dann wünschen wir alles Gute.

Aber zu den verschiedenen Faktoren, die die europäische Revolution 1989 möglich machten, gehört ganz gewiss Michail Gorbatschow mit seiner Perestrojka, die hart bedroht ist. Und deshalb sage ich, was an uns liegt: Alles, wirklich alles mögliche tun, damit diesem wichtigen, schwierigen Prozeß östlich von uns mit Aufgeschlossenheit und mit Kooperationswillen begegnet wird.

Schließlich: Wir wissen miteinander, daß einer der nicht nur graduellen, sondern prinzipiellen Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten immer war: Für uns gilt im Zweifelsfall - die Freiheit steht vor allem anderen. Die freiheitliche Sozialdemokratie ist eben nicht die Fortsetzung des hier fälschlich so genannten Sozialismus mit anderen Mitteln. Weil freiheitliche Sozialdemokratie soziale Gerechtigkeit und Freiheit für die Menschen garantiert. Denn wir können nicht die Opfer vergessen, die Opfer von 1945, vor allem 1946 folgende, nicht den Vorgang der Zwangsvereinigung einfach zu den Akten legen. Die Wahrheit muß auf den Tisch, den Opfern muß Gerechtigkeit widerfahren. In unbefugte Hände darf nicht geraten, was zur materiellen Substanz dessen gehört, woran ich erinnere.

Aber ich sage euch auch dies, wenn ich es dann darf: Natürlich gehören Leute, die sich schwer vergangen haben oder schwerer Korruption überführt werden, hinter Schloß und Riegel. Aber ich habe manchmal ein ganz ungutes Gefühl, wenn viele derer, die immer dabei gesessen haben, auf den Kongressen oder Sitzungen, jetzt glauben, durch die Jagd auf Sündenböcke nicht nur von sich abzulenken, sondern auch die Lehre reinhalten zu können, indem sie den Fehler allein an Personen festmachen.

Ich stimme dem völlig zu, was hier Ibrahim Böhme gesagt hat über das Verhältnis zu denen, die aus welchen Gründen immer in der Einheitspartei waren. Es gibt ja auch arme Teufel dabei, für die das in ihrem Verständnis mit ihrem Job zusammenhing, oder ob der Junge oder die Tochter auf die Oberschule käme, oder der Platz an der Universität - was weiß ich, was es da alles gegeben hat. Das muß Bitterkeit hinterlassen. Nur ich sage euch, diese so schön friedliche Revolution ... ich möchte, daß sie in die Geschichte auch eingeht schließlich als eine generöse. Das heißt, die Schlimmen sich vornehmen - und dann, irgendwann, wenn der Punkt gekommen ist, sich durchzuringen zu der Erkenntnis von Abraham Lincoln nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, als er gesagt hat, ein in sich gespaltenes Haus kann nicht bestehen. Dies gilt nun in doppeltem Sinne - für das geteilte Deutschland und für das Wiederaufwachen der Menschen dieser und der nächsten Generation. In einem Land, das so schweres durchgemacht hat, wie die DDR. Brecht, dem man in solchem Zusammenhang ganz gewiß zitieren darf, hat gesagt, „verfolgt das kleine Unrecht nicht zu sehr“. „Das kleine“, hat er gesagt.

Also ich empfehle über Lincoln nachzudenken, der sich auf die Bibel zurückführen läßt mit dem Satz, den ich zitiert habe, und läßt uns nach notwendiger Abrechnung uns miteinander vornehmen, daß wir Frieden haben wollen - nach außen und nach innen. Nach außen und nach innen.

(-/29.1.1990/rs/ks)

* * *